

SVD

Von: "SVD" <svdmail@s-vd.de>
An: "SVD" <svdmail@s-vd.de>
Gesendet: Donnerstag, 30. September 2010 12:59
Betreff: Fw: Newsletter Fuellmich 30.09.2010
 - Info via SVD -

Herr RA Dr. Fuellmich schreibt in einer mail vom 30.10.2010 um 13:11 Uhr:

----- Original Message -----

From: "newsletter www.fuellmich.com" <info@fuellmich.com>
 To: <webmaster@s-vd.de>
 Sent: Thursday, September 30, 2010 1:11 PM
 Subject: Newsletter Fuellmich 30.09.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

Newsletter-Themen im Ueberblick:

- +-----+
- **OLG Stuttgart vom 06.09.10, Az. 9 U 112/09 gegen KSK RheinPfalz**
 - **LG Heidelberg vom 07.09.10, Az. 2 O 43/10 gegen KSK RheinPfalz**
 - **LG Coburg vom 08.09.10, Az. 11 O 148/09 gegen KSK RheinPfalz**
 - **weitere Meldungen:**
 - **immer noch unsere Meinung: Binnennachfrage in Deutschland ankurbeln, in dem mit Steuergeldern gerettete Banken auf 50% aller Verbraucherdarlehen verzichten**
 - **Warren Buffet: Rezession ist laengst nicht ueberstanden**
 - **Groesste japanische Verbrauchercreditbank ist pleite**
 - **Zombie-Bank HRE steckt trotz weiterer € 40 Milliarden Steuergeldstuetze weiter in der Krise**
 - **Allianz-Immobilienfonds macht dicht**
- +-----+

Das Muenchener ifo-Institut vermeldet ein ums andere Mal, dass die – von den Banken mit ihren Schrottimmobilienfinanzierungen verursachte - Krise nun wirklich vorbei sei. Waere das so, dann wuerde der Goldpreis (ein sicherer Indikator fuer Inflationsbefuerchtungen) nicht jede Woche neue Hoehen erklimmen. Inzwischen liegt er bei ueber € 1.300. Die Zeitschrift "Sicheres Geld" weist zutreffend darauf hin, dass der ifo-Konjunktur Index unter erfolgreichen Boersianern als Kontra-Indikator gilt: Was immer ifo sagt: Das Gegenteil entspricht den Tatsachen.

Anders als die professionellen Gesundheits- und Volksberuhiger listet die Oktober-Ausgabe der Zeitschrift "Sicheres Geld" (www.sicheres-geld.de) in nachvollziehbarer Weise sechs Faktoren auf, die genau wie kurz vor dem Ausbruch der Krise, nur noch deutlich schlimmer, fuer eine Rezession sprechen: 1. In den USA wird nichts mehr konsumiert (was auch auf die Nachfrage nach deutschen Autos niederschlaegt), selbst extrem niedrige Hypothekenzinsen geben keine Impulse mehr, die hohe Arbeitslosigkeit in den USA bleibt bestehen. 2.

Hausverkaufe in den USA sind so niedrig wie noch nie seit Beginn der Datenerhebung in 1963. 3. In den US-Bankbilanzen befinden sich weiterhin Unmengen fauler Kredite, bis Mitte 2010 gingen bereits 118 US-Banken pleite, im zweiten Quartal stieg die Zahl der "Problembanken" auf 829. 4. Erste Warnzeichen gibt es jetzt auch bei den Unternehmensgewinnen. 5. Der US-Regierung (genauso natuerlich den Regierungen der europaeischen Laender und Chinas) geht die Munition aus: Fuer noch mehr Konjunkturpakete, um einen kuenstlichen Aufschwung zu erzeugen, geben selbst die Druckerpressen nichts mehr her, ohne dass selbst der wirtschaftlich Ahnungsloseste sich Sorgen macht. 6. Zinssenkungen sind angesichts von Zinsen, die bei "0" liegen auch der Bundesbank nicht mehr moeglich.

Warren Buffet sagt es ebenso deutlich: Die Welt hat die Rezession keineswegs hinter sich gelassen, sondern steckt noch mittendrin. Die Analystin Meredith Witney, die den Crash in 2007 vorhersah, fordert Ratings fuer die einzelnen US-Bundesstaaten, weil die extreme Verschuldung insbesondere von Kalifornien wenigstens transparent sein muss. In Japan ist die groesste Bank fuer Verbraucherkredite insolvent. In Deutschland macht ein Allianz-Immobilienfonds dicht. Irland hat mit der voellig maroden Anglo-Irish Bank ein aehnliches Problem wie wir mit der HRE, und die Welt fragt sich, ob Irland das naechste Griechenland ist.

Auch fuer soziale Unruhen sorgt die passend schwarzgelb gekleidete Atomregierung hervorragend: Harz IV-Empfaenger bekommen 5 Euro mehr, waehrend die Chaoten, die die HRE ruiniert und dem Steuerzahler zur Rettung vorgeworfen haben 25 Millionen Euro an Boni erhalten (und mehr als 200 weitere Banker inzwischen wieder mehr als € 500.000 verdienen).

Wie dem auch sei: Die Justiz kommt nach dem offiziellen Wechsel des furchtbaren Herrn Nobbe in die Bankenindustrie langsam aber sicher wieder auf die Beine. Ein paar schoene neue Urteile zitieren wir nachfolgend auszugsweise. Wenngleich wir wissen, dass manche der Zitate betreffend die rechtstechnische Frage, ob einer Bank betreffend den vfon ihr begehrten Vertrauensschutz geglaubt werden kann, vor allem fuer Juristen interessant sind, gehen wir doch davon aus, dass auch der juristische Laie erkennt, dass sich der Wind gedreht hat. Wenn im Oktober/November weitere OLG-Urteile betreffend das positive Wissen der HypoBank und der Deutschen Bank betreffend die Taeuschung ihrer Darlehensnehmer ueber die wahre Hoehe der Wohnungsvermittlungsprovision kommen, wird das aber ohne Weiteres von Jedermann verstanden werden. Nochmals weisen wir darauf hin, dass beide Banken und ihre Anwaelte seit 10 Jahren insoweit systematisch alle bundesdeutschen Gerichte belogen haben, und nicht gegen die entsprechenden, u.a. auf unserer homepage nachzulesende Veroeffentlichungen vorgehen, Fazit: Diese Behauptung ist wahr und kann von jedermann unter Berufung auf diese Veroeffentlichungen wiederholt werden.

Die im Mittelpunkt der nachfolgend wiedergegebenen Gerichtsentscheidungen stehende, faktisch jetzt sturmreif geschossene KSK RheinPfalz jedenfalls verhandelt jetzt betreffend alle von uns vertretenen, geschaedigten Darlehensnehmer ueber vernuenftige Vergleiche, die es wert sind auch so bezeichnet zu werden. Wir werden

darueber weiter berichten.

I. Urteil des OLG Stuttgart vom 06.09.10, 9 U 112/09 gegen KSK RheinPfalz (erstritten vom Kollegen Duman)

Die Kreissparkasse Rhein-Pfalz nahm unseren Mandanten auf Zahlung von 60.887,32 € + Zinsen in Anspruch. Die Klage der Bank wurde abgewiesen.

Zugrunde lag ein weiterer Schrottimmobiliendarfinanzierungsvertrag, der mit Hilfe einer nichtigen Vollmacht von der Fibeg-Gruppe aus Ludwigshafen nebst von dieser koordiniertem Schaul-Vertrieb vermittelt wurde. Er betrifft eine Wohnung in der Wohnanlage Kurt-Schuhmacher-Strasse 32 bis 34 in Kaiserslautern.

Es wurde mit den ueblichen falschen Berechnungsbeispielen und der ueblichen arglistigen Tauschung ueber die wahre Hoehe der Wohnungsvermittlungsprovision, die wahre Rolle des Treuhaenders, die nachhaltig erzielbare Miete und die wahren Zinskosten geworben. Das Landgericht Heilbronn hatte bereits mit Urteil vom 18.06.2009 zum Az. 6 O 347/08 festgestellt, dass die Beklagte schon deshalb unterliegen muss, weil sie den Nachweis nicht erbringen konnte, dass ihr rechtzeitig bei Darlehensvertragsschluss und Kontoeroeffnung eine Vollmachtsausfertigung vorgelegen habe.

Nachdem dem Zeugen Hoffmann der Bank ohnehin Niemand mehr glaubt, hat sich ihr Justiziar Berkel als neuer Zeuge versucht, scheiterte aber ebenso vor dem Landgericht Heidelberg.

Das OLG Stuttgart, an welches sich die Bank mit ihrer Berufung gewendet hatte, bestaetigte die Richtigkeit des landgerichtlichen Urteils und stellt dazu unter anderem fest:

"Nachdem sich die Chronologie des Eingangs einzelner Schriftstuecke aus der Darlehensakte bzw. dem Sammelordner unter Beruecksichtigung der Handhabung der Dokumentation bei der Posteingangssteile sowie der Praxis der Fallbearbeitung nicht lueckenlos rekonstruieren laesst und der Zeuge Berkel den Zugang in zeitlicher Hinsicht nicht aus eigener Wahrnehmung bestaetigen konnte, sind die Zweifel des Landgerichts, ob die notarielle Ausfertigung der Vollmacht zeitgleich mit dem Begleitschreiben vom 16.03.1990 bei der Klaegerin eingegangen ist, nicht zu beanstanden. Diese Zweifel gehen zu Lasten der beweispflichtigen Klaegerin. Denn fuer die Vorlage spricht kein Anscheinsbeweis, auch dann nicht, wenn der Kreditgeber die Urkunde im Besitz hatte (vgl. Palandt-Ellenberger, BGB, 69. Aufl., 2010, § 172 Rn. 3; offen gelassen von BGH ZIP 2007, 1119, allerdings fuer den Fall, dass eine bankinterne Anweisung besteht, Darlehensvertraege nur bei Vorlage des Originals oder einer notariellen Ausfertigung der Vollmacht abzuschliessen).

Da die Klaegerin den Nachweis fuer ihre Behauptung, die Ausfertigung der Vollmacht sei zeitgleich mit dem Begleitschreiben vom 16.3.1990 bei ihr eingegangen, zur vollen Überzeugung des Gerichts zu fuehren hat, ist es fuer die Beweisfuehrung nicht ausreichend, wenn die Indizienlage als eine der moeglichen Sachverhaltsalternativen die von der Klaegerin

behauptete mit einschliesst. Da nichts darauf hindeutet, dass die Ausfertigung an das Begleitschreiben geheftet war und die Ausfertigung nicht mit einem Eingangsstempel versehen ist, koennen die Schriftstuecke zeitgleich im "Paket" oder gesondert und zeitversetzt (die Ausfertigung der Vollmacht z.B. per Bote) bei der Klaegerin eingegangen sein. Die Aussage des Zeugen Berkel ist nicht geeignet, den Zugang der Ausfertigung der Vollmacht in zeitlicher Hinsicht naeher aufzuklaeren. Die vom Zeugen geschilderte Handhabung hinsichtlich der Dokumentation des Eingangs von Schriftstuecken bei der Posteingangsstelle und dem Sachbearbeiter schliesst keine der moeglichen Sachverhaltsalternativen aus.

Die Annahme des Landgerichts, die Darlehensakte sei nicht vollstaendig, steht nicht im Widerspruch zur Zeugenaussage und zum Parteivortrag der Klaegerin, da beispielsweise das Begleitschreiben vom 16.3.1990 unstreitig in einem Sammelordner abgelegt war. Auch hat der Klagerevertreter - wie sich dies aus der Sitzungsniederschrift vom 14.05.2009 ergibt - ueber die Schwierigkeiten des Auffindens von Unterlagen ueber Vorgaenge, welche 19 Jahre zurueckliegen, berichtet.

Dem Landgericht war es nicht verwehrt, seine Erkenntnisse aus Parallelverfahren mit aehnlichen Sachverhaltskonstellationen zu verwerten, wenn es diese in der muendlichen Verhandlung eingefuehrt, bzw. dem Zeugen im Rahmen der Zeugenvernehmung vorgehalten hat. Nach § 286 Abs. 1 ZPO bezieht sich die Beweiswuerdigung auf den gesamten Inhalt der Verhandlungen (vgl. Zoeller-Greger, a.a.O., § 286 Rn. 14). Im Ubrigen hat die Klaegerin nicht dargetan, inwiefern ihr ohne die Verwertung dieser Erkenntnisse der Nachweis des rechtzeitigen Zugangs der Vollmachtausfertigung gelungen waere.

Schliesslich ist die Beweiswuerdigung des Landgerichts nicht deswegen fehlerhaft, weil andere Gerichte bei aehnlichen Sachverhaltskonstellationen, selbst bei Wuerdigung einer Aussage desselben Zeugen, zu anderen Schlussfolgerungen gelangt sind. Denn es ist Aufgabe des Gerichts sich seine Überzeugung aufgrund des persoentlichen Eindrucks zu bilden und nicht die Auffassungen anderer Gerichte ueber die Glaubwuerdigkeit einer Zeugenaussage zu uebernehmen. § 286 ZPO fordert den Richter auf, nach seiner freien Überzeugung zu entscheiden. Dies bedeutet, dass der Richter lediglich an die Denk-, Natur- und Erfahrungssaetze gebunden ist, ansonsten aber die im Prozess gewonnenen Erkenntnisse grundsatzlich ohne Bindung an die gesetzlichen Beweisregeln nach seiner individuellen Einschaetzung bewerten darf (vgl. Zoeller-Greger, a.a.O., § 286 Rn. 13).

(b)

Durch die Aussage des in der Berufungsinstanz vernommenen Zeugen Hofmann vermochte die Klaegerin diese bestehenden Zweifel, ob eine notarielle Ausfertigung der Vollmacht zeitgleich mit dem Schreiben vom 16.3.1990 bei der Klaegerin eingegangen ist und damit noch vor bzw. bei Vornahme etwaiger Zahlungsanweisungen im Rahmen der Zwischenfinanzierung bzw. vor oder bei Abschluss der Darlehensvertraege vorlag, nicht zu beseitigen.

Der Antrag auf Vernehmung des Zeugen Hofmann war als neues Angriffsmittel nicht gern. § 531 Abs. 1 ZPO ausgeschlossen, da die

Klaegerin die vorgetragenen gesundheitlichen Beschwerden des Zeugen glaubhaft gemacht hat und die Nichtbenennung des Zeugen in der ersten Instanz daher nicht als nachlässig im Sinne des § 531 Abs. 2 Nr. 3 ZPO einzustufen ist.

Der Zeuge. Hofmann hatte - was in Anbetracht des verstrichenen Zeitraums und der Vielzahl der von ihm bearbeiteten Finanzierungen nachvollziehbar erscheint - keine konkrete Erinnerung an diese Finanzierung im Jahr 1990. Er vermochte daher aus eigener Wahrnehmung nicht zu sagen, wann die Ausfertigung der Vollmacht, welche mit keinem Eingangsstempel versehen ist, bei der Klaegerin eingegangen ist. Seine Schlussfolgerung, die in der Darlehensakte befindliche Ausfertigung der Vollmacht müsse bereits bei der Darlehensvergabe vorgelegen haben, begründete er mit der zwar nicht vorgegebenen, aber von ihm praktizierten Arbeitsweise, Finanzierungen über Treuhänder grundsätzlich erst nach Vorlage einer notariell beurkundeten Vollmachtausfertigung zu tätigen, um einen Widerruf der Vollmacht ausschliessen zu können. Obwohl der Zeuge mit "Finanzierungen" nicht nur Verträge zur Ende sondern auch solche zur Zwischenfinanzierung meinte, blieb er eine Erklärung dafür schuldig, warum dies im vorliegenden Fall bei dem Zwischenfinanzierungsvertrag vom 9.3.1990 anders gehandhabt wurde, zumal es sich nicht um ein sogenanntes "Jahresendgeschäft" handelte. Auch die Begründung des Zeugen, er sei sich sicher, dass dem Schreiben vom 16.3.1990 die notariellen Ausfertigungen der Treuhandverträge/Vollmachten beigelegt gewesen seien, weil die Kreissparkasse bei dem Objekt Kaiserslautern in den Jahren 1989 und 1990 ausschliesslich mit Ausfertigungen gearbeitet habe, wird dadurch relativiert. Zumal damit noch nicht feststeht - ebenso wenig wie aufgrund seiner Schilderung, er sei sich ziemlich sicher, bei Sichtung der Akten zur Immobilienfinanzierung im Jahr 2000 habe man in allen Darlehensakten eine Ausfertigung der Vollmacht gefunden - ob die Ausfertigungen vor oder nach Abschluss der Verträge bei der Klaegerin eingegangen sind. Aufgrund dieser relativierenden Einschränkung, für die der Zeuge keine logische Erklärung liefert, stellt er seine Anfangsbehauptung, er habe die Finanzierungen stets nur nach Vorlage einer Vollmachtausfertigung getätigt, selbst in Frage.

Infolgedessen bleibt auch in der Zusammenschau mit der Aussagekraft der übrigen Beweismittel (vgl. Ausführungen zu Punkt 1 (b)) nach wie vor unklar, wann die Ausfertigung der Vollmacht bei der Klaegerin eingegangen ist."

Danach verneint das OLG auch einen Bereicherungsanspruch der Bank gem. § 812 Abs. 1 S. 1 BGB, weil es mangels wirksamer Auszahlungsanweisung der Darlehensnehmer schon an einem Darlehensnehmer fehlt. Wer ein Darlehen aber nicht empfangen hat, muss es auch nicht zurückerzahlen.

Und schliesslich verneint das OLG auch einen Aufwendungsersatzanspruch der Bank aus Geschäftsführung ohne Auftrag und stellt fest:

"Weder die Auszahlung der Darlehensvaluta, die aufgrund einer unwirksamen Zahlungsanweisung erfolgte, noch die fehlgeschlagene Tilgung des Kaufpreisforderung, die den Beklagten mangels einer wirksamen Vollmacht nicht zuzurechnen ist, entsprach deren Interesse (vgl. BGH Urteil vom 22.04.08 – XI ZR 272/06 sowie die Ausführungen

unter Punkt 3). Davon abgesehen fehlte der Klaegerin der Wille zur Fremdgeschaeftsfuehrung, da sie mit der Auszahlung der Darlehensvaluta kein fremdes, sondern – in der Annahme der Wirksamkeit der Darlehensvertraege – ein eigenes Geschaef taeltigen wollte."

II. Urteil v. 07.09.10, LG Heidelberg i. S. Az. 2 O 43/10 v. KSK RheinPfalz (erstritten von der Kollegin Friehe)

In diesem Fall wies das Landgericht Heidelberg eine Klage der KSK Ludwigshafen (heute KSK Rhein-Pfalz) auf Bezahlung von 67.175,23 € zurueck.

Es ging um eine von der KSK mit Hilfe der Fibeg-Gruppe nichtige Vollmacht und der ueblichen falschen Zusicherungen durchfinanzierte Hotelappartementanlage City Hotel Wormser Strasse in Lampertheim.

Auch hier gelang es der Beklagten nicht nachzuweisen, dass ihr rechtzeitig bei Kontoeroeffnung und Darlehensvertragsschluss eine Vollmachtsausfertigung vorlag. Das Gericht stellt fest (Seite 9 unten):

"Da die Klaegerin in der Lage war, die Vollmachtsausfertigung in der Beweisaufnahme vorzulegen, steht nur fest, dass sie diese zu irgendeinem Zeitpunkt erhalten hat. Es erscheint auch gut moeglich, dass sie die Vollmachtsausfertigung tatsaechlich wie von der Klaegerin vorgetragen mit dem Übersendungsschreiben vom 29.02.1988 wenige Tage darauf erhalten hat. Aufgrund der konkreten Umstaende des vorliegenden Falles bleiben dem Gericht jedoch nicht nur theoretische Zweifel daran, ob die notarielle Ausfertigung des Treuhandvertrages dem Übersendungsschreiben vom 29.02.1988 tatsaechlich beigelegt war.

In dem Anschreiben vom 29.02.1988 (Anlage K 5) ist nicht ausdruecklich von der Übersendung einer Ausfertigung die Rede. Das Anschreiben lautet lediglich: "In der Anlage uebersenden wir Ihnen die Treuhandvertraege fuer nachfolgend aufgefuehrte Kunden.."". Es koennte also auch sein, dass diesem Schreiben lediglich beglaubigte Fotokopien der Treuhandvertraege beigelegt waren, keine Ausfertigungen. Auch der Zeuge Jeck raeumte ein, dass beglaubigte Kopien und Ausfertigungen damals uebersandt wurden, so dass beides denkbar ist. In anderen vorgelegten Anschrieben der FITEC bzw. FIBEL wird ausdruecklich von Ausfertigungen und sogar gleichzeitig von Ausfertigungen und beglaubigten Kopien gesprochen (Anlagen B 4 und 5), was umso mehr zweifeln laesst, ob dem Anschreiben vom 29.2.1988 tatsaechlich schon Ausfertigungen beigelegt waren.

Hinzu kommt, dass die Kreditakten tatsaechlich auch eine beglaubigte Kopie der Urkunde enthalten.

Zwar traegt die Klaegerin nach Schluss der muendlichen Verhandlung vor, diese sei fest mit einem anderen Schreiben bzgl. der Grundschuldbestellung verbunden und koenne daher dem Schreiben vom 29.2.1988 nicht angelegt gewesen sein, doch aendert dies unabhaengig von der Verspaetung dieses Vortrags nach § 296a ZPO nichts. Es kann nicht sicher festgestellt werden, ob nicht doch eine einfache Kopie dem Anschreiben beigelegt war, wie es im Strukturvertrieb in der Abwicklung

oft ueblich war, und diese eine andere Verwendung ausserhalb der Kreditakten gefunden hat.

Eine hinreichende Überzeugung, dass deshalb nur die nunmehr vorliegende Ausfertigung diesem Anschreiben beigelegt haben kann, vermag das Gericht sich dadurch nicht zu bilden.

Der Zeuge Jeck konnte auch nicht angeben, wann die Vollmachtsausfertigung eingegangen war, was auch aufgrund des Zeitablaufs und deshalb plausibel ist, da es fuer den Zeugen damals keine Rolle gespielt hatte, ob Kopie oder Ausfertigung vorlagen. Er bekundete, dass diese Differenzierung fuer ihn damals uninteressant war und es keine Anweisung bei der Klaegerin gab, auf das Vorliegen gerade einer Vollmachtsausfertigung zu achten. Nach seinen Angaben genuegt es daher, wenn entweder beglaubigte Kopie oder Ausfertigung der Vollmacht bei Vertragsschluss vorlagen.

Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die Vollmachtsausfertigung erst lange nach Abschluss der Vertraege auf anderen Wegen zur Klaegerin gelangt und dann in den Vorgang eingefuegt wurde."

Danach stellt das Gericht fest, dass die Beklagte nicht einmal nachweisen konnte, dass ihr beim Abschluss des Endfinanzierungsvertrages eine Vollmacht vorgelegen habe. Im Übrigen scheitern jegliche Ansprueche aus dem Endfinanzierungsvertrag schon daran, dass die Darlehensnehmer die Darlehensvaluta nie empfangen. Denn das Gericht wurde gar nicht an Dritte ausgezahlt, sondern nur intern auf das nicht den Darlehensnehmern zuzurechnenden Zwischenfinanzierungskonto ueberwiesen.

Dann stellt die Kammer weiter fest, dass auch keine Ansprueche aus ungerechtfertigter Bereicherung bestehen.

III. Urteil des LG Coburg v. 08.09.10, Az. 11 O 148/09 gegen KSK RheinPfalz (erstritten von der Kollegin Friehe)

Es geht um einen weiteren Fall betreffend die Wohnanlage Kurt-Schumacher-Strasse in Kaiserslautern, welche die KSK Rhein-Pfalz (bzw. ihre Rechtsvorgaenger KSK Ludwigshafen) mit Hilfe der Fibeg-Gruppe nichtiger Vollmachten und den ueblichen falschen Zusicherungen betreffend die Hoehe der Wohnungsvermittlungsprovision, die erzielbare Miete und die Rolle des Treuhaenders durchfinanzierte. Die KSK beantragte, ihre Darlehensnehmerin zu verurteilen 32.233,78 € zzgl. Zinsen zu zahlen. Das Landgericht wies die Klage nach Beweisaufnahme darueber ab, ob der Bank rechtzeitig eine Treuhandvollmacht vorlag als sie die Konten eroeffnete und die Darlehen schloss.

Das Landgericht Coburg stellte insoweit fest (Seite 5 Mitte):

"Den entsprechenden Nachweis konnte die hierfuer beweisbelastete Klaegerin nicht fuehren. Insbesondere ergibt sich dieser Nachweis nicht aus dem vorgelegten Begleitschreiben der Fa. FITEC und auch nicht aus der Aussage des Zeugen Hofmann."

Betreffend den Zeugen Hofmann (dem wohl weltweit niemand mehr glaubt) stellt das Landgericht auf Seite 5 im vorletzten Absatz fest:

"Der Zeuge Hofmann erklarte zwar in seiner Aussage in der muendlichen Verhandlung vom 27.7.2010, dass "die Treuhandvertraege, die diesem Schreiben der FITEC GmbH (Ml. K 3 u. K 6) beilagen, ... uns immer nur, soweit sie das Objekt in Kaiserslautern betrafen, in Ausfertigung uebersandt" worden seien. Diese Aussage erscheint allerdings auf Grund der nachfolgenden Erwaegungen nicht glaubhaft.

Der Zeuge Hofmann hat in anderer Sache vor dem Landgericht Luebeck (Anl. B 35) bestaetigt, dass es Ausnahmen von dem von ihm aufgestellten Grundsatz gegeben habe, dass stets eine Ausfertigung der Treuhandvollmacht vorgelegen haben musste. Dies sei auch bei dem streitgegenstaendlichen Bauherrnmodel in Kaiserslautern, insbesondere bei sogenannten Jahresendgeschaeften der Fall gewesen. Ein solches liegt hier unstreitig vor.

Daneben ist es schon rein tatsaechlich ausgeschlossen, dass bei allen das Bauherrenmodel Kaiserslautern betreffenden Vertraegen der Abschluss des Zwischenfinanzierungsvertrages vom Vorliegen einer Ausfertigung des Treuhandvertrages abhaengig gemacht wurde. Den bei einer Vielzahl von Investoren wurde der Zwischenfinanzierungsvertrag deutlich, zum Teil mehr als 6 Wochen, nach Zustandekommen des Treuhandvertrages abgeschlossen. Diesbezuglich wird auf die Anlagen B 30 bis B 34 verwiesen.

Es bestand im Übrigen auch gar keine Direktive seitens der Rechtsvorgaengerin der Klaegerin, wonach der Zwischenfinanzierungsvertrag erst nach Vorliegen einer Ausfertigung des Treuhandvertrages abgeschlossen werden sollten. Hierfuer bestand zum damaligen Zeitpunkt, das heisst in den Jahren 1989 und 1990, auch gar keine Veranlassung, da diesem damaligen Zeitpunkt ein Verstoss derartiger Treuhandvertraege gegen das Rechtsberatungsgesetz noch gar nicht zur Debatte stand. Es waere daher eher nachvollziehbar, wenn die Rechtsvorgaengerin der Klaegerin sich mit beglaubigten Abschriften der Vollmachten begnuegt haette, von denen ohnehin eine groessere Anzahl als von den Ausfertigungen zur Verfuegung stand. Auch letzterer Gesichtspunkt, dass naemlich ausweislich des Treuhandvertrages (Anl. K 1, S. 11) nur 3 Ausfertigungen zur Verfuegung standen, macht es eher unwahrscheinlich, dass die Treuhaenderin die eigentlich fuer ihre Akten bestimmte Ausfertigung der Klaegerin zur Verfuegung gestellt haben soll.

Der Zeuge Hofmann raeumte auch ein, dass er an den konkreten Vorgang keine Erinnerung habe. Dennoch gab aber an, trotz des Vorliegens eines Jahresendgeschaeftes, das im Falle der Beklagten vor Zustandekommen der Zwischenfinanzierung eine Ausfertigung des Treuhandvertrages vorlag. Hiergegen spricht vor allem aber auch der Inhalt des Kaufvertrages (Anl. B 8), wonach dem Treuhaender jedenfalls am 28.12.1989 eine Ausfertigung der Treuhandvollmacht nicht vorlag, vgl. dazu S. 2. Wenn aber dies so richtig war, was auf Grund der vorliegenden Urkunde zu vermuten ist, ist es voellig ausgeschlossen, dass der Fa. FITEC bzw. der Klaegerin bereits am 27,12.1989 eine Ausfertigung vorgelegen hat.

Fuer den Sachvortrag der Klaegerin , dass in den massgeblichen Zeitpunkten eine Ausfertigung des Treuhandvertrages einschliesslich der Vollmacht vorgelegen habe, kann auch nicht der Umstand herangezogen werden, dass die Klaegerin nunmehr im Besitz einer Ausfertigung dieser Urkunde ist. Einen entsprechenden Anscheinsbeweis dahingehend gibt es nicht (vgl. BGH Urteil vom '10.10.2005, Az: XI ZR 265/05).

Eine Zusammenfassung der oben angefuhrten Gesichtspunkte ergibt, dass nicht nur "vernuenftige Zweifel", sondern erhebliche Zweifel an der Richtigkeit des Sachvortrags der Klaegerin betreffend bestehen. So kann sich die Klaegerin noch nicht einmal an eine staendige Übung bei ihrer Rechtsvorgaengerin berufen, wonach moeglicherweise in Faellen wie den vorliegenden nur bei rechtzeitigen Vorliegen einer Ausfertigung des Treuhandvertrages die entsprechenden Zwischenfinanzierungsvertraege abgeschlossen werden durften. Der mit dem Vollbeweis belasteten Klaegerin ist es nicht gelungen, Aspekte anzufuehren, die geeignet waeren, das Gericht von der Richtigkeit ihres Sachvortrages zu ueberzeugen. Wie in soweit die Aussage des Hofmann zu bewerten ist, wurde bereits oben erlaeutert."

Dann stellt das Gericht fest, dass die Bank auch keine Bereicherungsansprueche gegen unsere Mandanten hat, weil unsere Mandanten nicht empfangen (nur die Treuhaender empfangen irgendetwas):

"Die Darlehenssumme wurde vorliegend aber weder an den Darlehensnehmer, die Beklagten, ausbezahlt, noch liegt eine wirksame Weisung der Beklagten vor, die Darlehenssumme an einen Dritten auszubezahlen. Die Unwirksamkeit der Vollmacht fuehrt naemlich dazu, dass die Darlehenssumme auf Grund unwirksamer Anweisung der Treuhaenderin nicht an den Beklagten sondern letztlich an eine andere Beteiligte ausbezahlt worden ist. Allenfalls diesen Zahlungsempfaenger koennte die Klaegerin auf Rueckerstattung der Darlehenssumme in Anspruch nehmen.

IV. Weitere Meldungen

"Wer frisches Geld druckt, ruiniert sein Land"

Jim Rogers , renommierter Investor, erklaert im Handelsblatt-Gespraech, warum die Situation in den USA nicht besser, sondern schlechter wird. Und wieso Gold noch weit von einer Blase entfernt ist und welche Waehrungspolitik er den Chinesen empfehlen wuerde. Nach seiner Meinung landet ein Land unweigerlich in die Sackgasse, das Schulden und uebermaessigen Konsum mit noch mehr Schulden und Konsum bekaempft. Handelsblatt »

Noch mitten in der Rezession

Warren Buffett, von Forbes zum zweitreichsten US-Amerikaner gekuert (s. News), widerspricht der Aufwaerts-Diagnose der US-Statistikbehoerde: Waehrend die Behoerde erklaert hatte, die Rezession in den USA sei im Juni 2009 beendet worden, meint der Investor, das Land stecke noch mitten in der Rezession. Es werde zwar noch etwas dauern, aber das Land werde sicherlich hinauskommen. Die New York Times berichtet, Buffett habe zum zweiten Mal in diesem Monat Aktien von Moody's verkauft,

diesmal 560.000.
CNBC » New York Times »

Ratings fuer US-Bundesstaaten

Meredith Whitney, die bekannte Analystin, die im Oktober 2007 mit ihrer Herabstufung der Citigroup-Aktie den US-Finanzkonzern in den Grundfesten erschuetterte (und sogar Morddrohungen erhielt), sorgt erneut fuer Schlagzeilen: In einem 600 Seiten starken Report geisselt die Analystin die Verschuldung und Verschwendung der US-Bundesstaaten, die ein neues "systemisches Risiko" fuer die Finanzmaerkte darstellten. Ihr Mangel an Transparenz und die Selbstgefaelligkeit von Investoren und Politikern erinnerten an die Zeit vor der "Implosion" der Banken. Spitzenreiter im Ranking der schlimmsten Staaten: Kalifornien. Whitneys Forderung: Ratings fuer die Bundesstaaten einfuehren.
Fortune »

Allianz-Dachfonds macht dicht

Der deutsche Markt fuer Immobilienfonds kommt nicht aus der Krise. Statt positiver Meldungen von den offenen Fonds, die die Anteilsruecknahme ausgesetzt haben, gibt es jetzt schlechte Nachrichten vom Marktfuehrer. Die Fondstochter der Allianz muss einen Dachfonds, der in offene Immobilienfonds investiert, auf unbestimmte Zeit schliessen.
Handelsblatt »

Groesste Japanische Verbraucherkreditbank ist pleite

Takefuji, Japans groesster Anbieter von Konsumentenkrediten, hat Konkurs angemeldet. Den inzwischen verstorbenen Institutsgruender Yasuo Takei hatte der Aufstieg von Takefuji zum Milliardaer gemacht. HB »
Waehrend andere Investmentabteilungen Stellen streichen, hat die Citigroup 15 neue Banker eingestellt - fuer die Regionen Russland, Suedafrika und Mittlerer Osten. Here is the city » Die USA draengen auf ein Ende der Unterstuetzung fuer AIG und erwarten, dass Ende naechster Woche ein kompletter Plan dafuer vorgestellt wird. NY Times »

Anleger lassen Irland fallen

Die Spekulationen um die gruene Insel kochen. Investoren sorgen sich um die Kosten der Bankenrettung, Ratingagenturen warnen vor weiteren Herabstufungen. Die Renditen fuer dreijaebrige irische Staatsanleihen erreichen eine kritische Hoehe. Noch in diese Woche wird sich entscheiden, ob die Insel zu einem zweiten Fall Griechenland wird. Die Ratingagentur S&P rechnet mit Finanzbedarf von 35 Milliarden Euro.
Handelsblatt.com » FTD » WSJ »

Die Zweifel sterben zuletzt

Die Zukunft des Immobilienfinanzierers Hypo Real Estate haengt an dessen Rating. Doch die Bonitaetsnote ist ungewiss. Vor allem die Ratingagenturen zweifeln an der Nachhaltigkeit des Modells. Politiker

fuerchten neue Milliardenrisiken. Die ueppigen Bonus- und Pensionszahlungen bei der maroden Immobilienbank sowie die Zahlung hoher Gehaelter fuer Banker aus deutschen Kreditinstituten mit Staatshilfe sorgen fuer Empoerung im politischen Berlin. Politiker der Regierungsfraktionen halten die Vorgaenge fuer inakzeptabel und dringen auf Konsequenzen.

Handelsblatt » HB2 » Boersen-Zeitung »

Ist Irland das naechste Griechenland?

Klatsche fuer die angeschlagene Bank Anglo Irish: Die Ratingagentur Moody's schuert Zweifel an der Rettung der staatlich gestuetzten Grossbank, indem die Agentur hochrangige ungesicherte Schulden des Geldhauses nur noch eine Stufe oberhalb des Ramschstatus' bewertet. Nun werden auch die Notenbanker nervoes. Hinter den Kulissen fordern sie, dass der Rettungsfonds fuer angeschlagene Staaten nicht auslaufen darf. Die Financial Times wirft den europaeischen Politikern vor, die Krise in Irland zu kaschieren, um die Maerkte zu beruhigen. Am Ende werde eine massive IWF-EU-Finanzspritze aufgezogen, um die Solvenzprobleme auf der Insel zu vertuschen. Das Wall Street Journal zitiert James Nixon, Chefoekonom Europa bei der Société Générale: Sollte Irland nicht mit 80 Mrd. Euro gerettet werden, drohe dem Haushalt ein "langer, muhsamer und langsamer Tod".

Handelsblatt » Cash » Financial Times Deutschland » Financial Times » Wall Street Journal »

Stuetze fuer die Zombie-Bank

Die Krisenbank Hypo Real Estate (HRE) ist auch nach ihrer Verstaatlichung auf massive staatliche Unterstuetzung angewiesen. Der Rettungsfonds Soffin musste zusaetzliche staatliche Garantien in Hoehe von 40 Mrd. Euro genehmigen. Fuer den FDP-Finanzexperten Frank Schaeffler ist die HRE ein "Fass ohne Boden". Die Bundesregierung jongliere mit gewaltigen Summen, ohne sich ausreichend zu erklaren, schimpft die Sueddeutsche Zeitung - sie sei drauf und dran, ihre Glaubwuerdigkeit zu verlieren.

Handelsblatt » Financial Times Deutschland » Zeit » Manager Magazin » Sueddeutsche Zeitung »

Angst vor der naechsten Blase

Norbert Walter, Ex-Chefoekonom der Deutschen Bank, sieht eine grosse Gefahr, dass in den USA die naechste grosse Bubble geschaffen wird. Denn noch immer tun die Amerikaner so als ob Leute, die auf Dauer kein Einkommen verdienen, in jedem Fall ein Eigenheim haben muessten, befuerchtet Walter.

Cash »

Soweit diese Meldungen.

Mit den besten Gruessen

Reiner Fuellmich

Impressum

Dieser Newsletter ist ein kostenloser Service der:

Rechtsanwaltskanzlei Dr. Fuellmich & Associates
Senderstr.37
37077 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 209 120
Fax: +49 (0)551 209 12144
E-Mail: info@fuellmich.com
Internet: www.fuellmich.com

Haftungsausschluss und Vervielfaeltigung

Alle Beiträge dieses Newsletters sind urheberrechtlich geschützt. Der Newsletter darf nur weiterversendet oder in Online-Medien und Internet-Angeboten bereitgestellt werden, wenn dies komplett und ohne Aenderungen geschieht. Weiterhin ist die Kanzlei Dr. Fuellmich & Associates nicht für die Inhalte fremder Seiten verantwortlich, die ueber einen Link erreicht werden. Diese Erklärung gilt für alle in diesem Newsletter befindlichen Links, die nicht auf die Internetseiten der Kanzlei zeigen.

----- ENDE TEXT -----

Besten Dank wieder mal, Herr Dr. Fuellmich!

Freundliche Grüße
L.B. Werner
(Vors. des SVD)

SVD e.V.
Spessarttring 47

63110 Rodgau

T. 06106 / 258830
F. 06106 / 258831

www.s-vd.de, svdmail@s-vd.de

- eingetragen im Vereinsregister Offenbach am Main unter VR 4679 -

- USt-IdNr.: DE208931045 -